



Erste sozialmedizinische Betrachtungen thematisierten bereits Ende des 19. Jahrhunderts ungünstige Wohnverhältnisse von sozioökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Eine empirische Studie, die erstmals Immissionsdaten mit Sozialdaten kombinierte, wurde 1975 im Ruhrgebiet durchgeführt; der Forschungsansatz wurde damals jedoch zunächst weder von der Wissenschaft noch von der Politik aufgegriffen. Erst gut 25 Jahre später, beeinflusst durch die Debatte über „Environmental Justice“ in den USA, wurde die Aufmerksamkeit im Rahmen der Aktionsprogramme Umwelt und Gesundheit des Bundes (APUG) und Nordrhein-Westfalens (APUG NRW) erneut auf diese Fragestellung gelenkt.

Eine im Rahmen des APUG NRW in Duisburg, Dortmund und Borken durchgeführte Studie lieferte im Jahr 2006 deutliche Belege, dass auch in den Ballungsräumen an der Ruhr von einer sozialen Ungleichverteilung der Umweltlasten auszugehen ist. Erstmals konnte damit gezeigt werden, dass in diesen Städten nicht nur erhöhte Feinstaubbelastungen in der Außenluft und ungünstige Wohnverhältnisse bei sozioökonomisch benachteiligten Kindern weiter verbreitet waren; auch gesundheitliche Effekte von Umweltbelastungen traten in dieser Gruppe - mit Ausnahme von Allergien - häufiger auf. Darüber hinaus wurde in dieser Studie deutlich, dass auch bei gleicher Umweltbelastung die gesundheitlichen Folgen bei sozioökonomisch benachteiligten Kindern stärker ausgeprägt waren. Am stärksten zeigten sich die Zusammenhänge zumeist für die Gruppe der Kinder mit Migrationshintergrund. Später bestätigten Studien aus Hamburg, Kassel, Berlin und München sowie einige überregionale Untersuchungen und Auswertungen des Kinder-Umwelt Surveys diese Zusammenhänge auch für andere Ballungsräume in Deutschland.

Die meisten Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass sozioökonomisch Benachteiligte oft unter weniger günstigen Umweltbedingungen leben. Es zeigte sich zudem auch die stärkere Anfälligkeit von Personengruppen mit niedrigerem Sozialstatus für gesundheitliche Effekte. Nur sehr selten, z. B. bei Allergien, finden sich auch umgekehrte Muster. Der bisherige Kenntnisstand legt daher nahe, dass sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen zugleich über weniger ausgleichende Ressourcen verfügen, die die Wirkungen von Umweltstressoren abmildern.

So sind Personen mit niedrigerem Sozial- bzw. Bildungsstatus z. B. oft weniger durch einen guten allgemeinen Gesundheitsstatus oder durch gesundheitsfördernde

Ernährung geschützt. Sie verfügen zudem auch über weniger Wissen über mögliche Maßnahmen zur gezielten Verhaltensprävention oder nicht über hinreichende ökonomische Ressourcen zu deren Umsetzung.

Aber auch horizontale Differenzierungen der sozialen Lage - wie Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund - können die äußeren Lebensverhältnisse und die individuelle Anfälligkeit beeinflussen. So bedingen z. B. auch geschlechtsbezogene Normen und Werte individuelle Verhaltensweisen und Lebensbedingungen, die Unterschiede in der Exposition gegenüber Umweltstressoren zufolge haben können.

Gleiches gilt für Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund, die in all jenen Untersuchungen, die dies gesondert betrachtet haben, eine stärkere Exposition gegenüber Umweltstressoren aufwiesen und sich zudem als anfälliger für gesundheitliche Effekte erwiesen. Die unterschiedlichen Aspekte der sozialen Lage beeinflussen die individuelle Vulnerabilität zudem sowohl direkt, als auch indirekt über die Lebensverhältnisse. Die äußeren Lebensumstände einerseits und persönliche Verhaltensweisen andererseits führen in einem komplexen Wechselverhältnis zu unterschiedlichen individuellen Expositionsmustern.

Diese Zusammenhänge sind in Abb. 1 graphisch dargestellt und bilden die Grundlage für die Betrachtung der Zusammenhänge zwischen Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage im Rahmen des Masterplanes Umwelt und Gesundheit NRW.

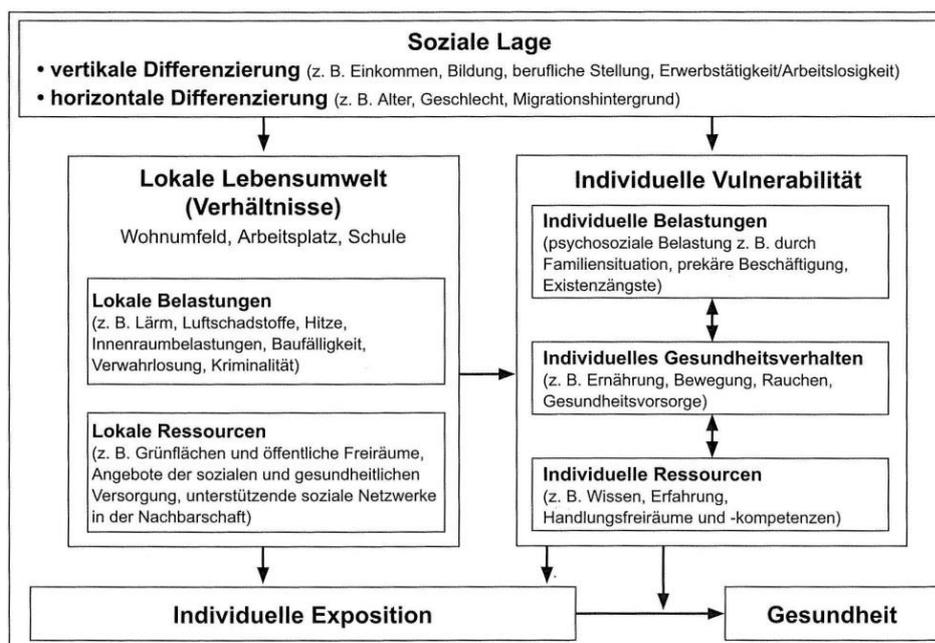


Abb. 1: Modell zur Beschreibung des Zusammenhangs zwischen sozialer Lage, Umwelt und Gesundheit (Quelle: Bolte et al. 2012a: 26)

Für benachteiligte Gruppen heißt dies, dass sie in höherem Maße Umweltbelastungen ausgesetzt sind, auch bei gleichen Belastungen höhere Expositionen erfahren und bei gleicher Exposition anfälliger reagieren. Auch bereits einsetzende Gesundheitseffekte werden abhängig von Bildungsstand, Sprachbarrieren und/oder Versicherungsstatus nicht unbedingt sofort erkannt oder einer angemessenen medizinischen Behandlung zugeführt.

Das Modell in Abbildung 1 deckt vor allem jene Aspekte von Ungleichheit ab, die mit dem Begriff „Verteilungsgerechtigkeit“ beschrieben werden. Daneben existiert jedoch ein weiteres Feld der Umweltgerechtigkeit, welches als „Verfahrensgerechtigkeit“ oder „Beteiligungsgerechtigkeit“ bezeichnet wird und das die ungleiche Teilhabe an Entscheidungsprozessen des planerischen Umweltschutzes oder der Stadtplanung beschreibt. Untersuchungen der Universität Dortmund konnten zeigen, dass die Beteiligung in Planungsverfahren stark mit dem Bildungsgrad und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einhergeht. Dies hat in Beteiligungsverfahren - sofern diese nur das gesetzliche Minimum abdecken - zur Folge, dass gerade sozial benachteiligte Gruppen ihre Anliegen nicht einbringen und sich die bestehende Ungleichverteilung von Umweltbelastungen dadurch ggf. sogar noch verstärkt.

### **II.3. Bisherige Aktivitäten des Landes NRW und im Land NRW**

Im Rahmen der vorbereitenden Aktivitäten zum Masterplan Umwelt und Gesundheit NRW hat das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV NRW) eine Bestandsaufnahme der bisherigen Aktivitäten zum Thema Umweltgerechtigkeit durchgeführt.

Dabei zeigte sich, dass zwischen 1975 und 2014 im deutschlandweiten Vergleich die meisten Aktivitäten zum Thema Umweltgerechtigkeit im Land NRW durchgeführt wurden, mehr als in anderen Bundesländern und auch bundesweit. Während diese Aktivitäten bis zum Jahr 2003 eher spärlich waren, zeigt sich seitdem eine starke Zunahme, wie sie auch aus Abb. 2 ersichtlich ist.

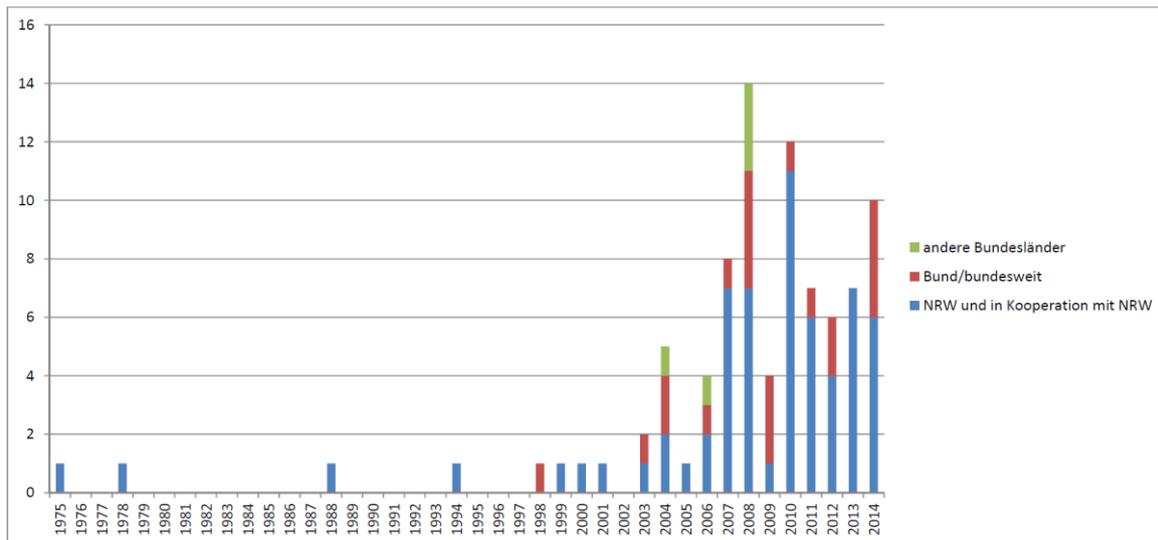


Abb. 2: In NRW und im übrigen Bundesgebiet initiierte Aktivitäten zum Thema Umweltgerechtigkeit nach Jahren

Die übergroße Mehrzahl dieser Aktivitäten wird bis heute nicht unter dem Label „Umweltgerechtigkeit“ geplant und durchgeführt. Alle widmen sich jedoch wichtigen Aspekten des Zusammenhangs zwischen Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage, oder wichtigen Teilaspekten dieses Zusammenhangs, so wie er in Abb. 1 dargestellt ist.

Einige wegweisende Aktivitäten, die in NRW seit 2004 durchgeführt wurden, wurden im Rahmen des APUG NRW bzw. im Zuge der Vorbereitungsarbeiten zum Masterplan Umwelt und Gesundheit durchgeführt oder aber durch das MBWSV initiiert.

Andere gehen auf Forschungsprojekte der Universitäten Aachen, Bielefeld, Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen, auf das LANUV NRW, das ehemalige Medizinische Institut für Umwelthygiene in Düsseldorf (MIU), das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Dortmund (ILS) das Essener Zentrum für Türkeistudien oder das Wuppertal Institut zurück. Wieder andere Projekte wurden in kommunaler Regie oder durch Nichtregierungsorganisationen realisiert.

Insgesamt verfügt das Land NRW daher über einen reichhaltigen Fundus von Erfahrungen hinsichtlich des Themenfeldes Umweltgerechtigkeit, auf den im Rahmen des Masterplanes aufgebaut werden kann. Die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten stammen aus den Fachgebieten Gesundheitswissenschaften, Medizinische Informatik, Biometrie und Epidemiologie, Umwelt- und Kognitionspsychologie, Migrationsforschung, Umweltepidemiologie, Raumplanung

und Stadtplanung, sowie Ingenieur-, Sozial-, Kultur- und Wirtschaftswissenschaften. Sie spiegeln damit in umfassender Weise den interdisziplinären Charakter des Themenfeldes Umweltgerechtigkeit wieder.

Ein Teil der bisher durchgeführten Studien widmete sich der Exposition gegenüber einer Reihe von Umweltschadstoffen, sowie Wohnbedingungen bzw. Lärmexposition einerseits und der sozialen Lage und Gesundheitseffekten andererseits und konnte jeweils entsprechende Zusammenhänge nachweisen.

Andere Studien hatten die Mobilität und die gesellschaftliche Teilhabe unterschiedlicher sozialer Gruppen zum Gegenstand. Geforscht wurde diesbezüglich im Hinblick auf städteplanerische Anforderungen an eine älter werdende Gesellschaft vor dem Hintergrund von Klima und Gesundheit aber auch im Hinblick auf das Mobilitätsverhalten und die Mobilitätsanforderungen älterer Bevölkerungsgruppen. Mobilitätserwartungen, bestehende Barrieren und Anforderungen an den öffentlichen Nahverkehr spielten auch im Hinblick auf Frauen eine besondere Rolle in der Forschung der vergangenen Jahre. Genderaspekte im Hinblick auf Umweltgerechtigkeit wurden darüber hinaus in unterschiedlichen Studien untersucht. Aus einer Studie zur sozialen und räumlichen Mobilität von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte liegen zudem differenzierte Informationen zu den Motiven und Charakteristika der Wohnstandortwahl in der Bevölkerungsgruppe mit türkischem Migrationshintergrund vor. Untersuchungen zur Beteiligung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen an Planungsverfahren konnten darüber hinaus zeigen, dass benachteiligte Gruppen derzeit nur unzureichend erreicht werden, sofern die Beteiligungsverfahren lediglich die gesetzlich vorgegebenen Minimalanforderungen erfüllen.

Hinsichtlich der Verteilung jener Umweltressourcen, die einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung von Wohlbefinden und Lebensqualität leisten können, wie z. B. der Zugang zu ansprechenden und nahegelegenen Grün- und Erholungsflächen, konnten Studien ebenfalls eine Abhängigkeit vom Sozialstaus feststellen. Gleiches gilt für die sozialräumliche Differenzierung von Klimaanpassungsstrategien. Einzelne Studien widmeten sich zudem weiteren Aspekten des Themenfeldes Umweltgerechtigkeit, wie z. B. der Thematik der Energiearmut oder Kommunikationskonzepten zum Umweltgerechtigkeitsbegriff. Sie werden ergänzt

durch Literaturstudien und Übersichtsarbeiten sowie Studien zur Strategieentwicklung für mehr Umweltgerechtigkeit.

Einen Überblick über die in NRW durchgeführten wissenschaftlichen Studien und Facharbeiten zum Themenfeld Umweltgerechtigkeit gibt Tabelle 1.

<p><b><u>Exposition und soziale Lage:</u></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schadstoffexposition (Jarre 1975; MIU 1994; Uni Bielefeld 2007, 2010; APUG 2006; LANUV 2008)</li> <li>• Wohnbedingungen (Uni Bielefeld 2010, 2011)</li> <li>• Lärm (Stadt Bottrop/APUG 2007; MPUG 2014)</li> </ul>	<p><b><u>Mobilität und Teilhabe sozialer Gruppen:</u></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umwelt Armut und Alter (RWTH Aachen 2012)</li> <li>• Gender und Umweltgerechtigkeit (Uni Bielefeld 2003, 2004, 2007, 2008, 2010)</li> <li>• Wohnstandortwahl türkischer MigrantInnen (ILS 2010)</li> <li>• Mobilität unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen [Geschlecht, Alter] (RUB 1999; Spitzner 2005; ILS 2010, 2014)</li> <li>• Beteiligungsgerechtigkeit in Verfahren (Uni DO 2014)</li> </ul>
<p><b><u>Verteilung von Umweltressourcen:</u></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sozialräumliche Differenzierung von Klimaanpassungsstrategien (Uni Bielefeld 2013)</li> <li>• Verteilung von Stadtgrün (Uni Bielefeld 2008, 2010, 2011; MBWSV/ILS 2011, 2013; MPUG 2014)</li> </ul>	<p><b><u>Sonstige:</u></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Energiearmut (Wuppertal Institut 2013)</li> <li>• Literaturstudien und Übersichtsarbeiten (APUG 2001; Uni Bielefeld 2010, 2012)</li> <li>• Kommunikationskonzepte (APUG 2007)</li> <li>• Strategiepapier (Uni Bielefeld/UBA 2014)</li> <li>• Nachhaltigkeitsstrategie NRW (Staatssekretärskonferenz 2014)</li> </ul>

Tab. 1: Wissenschaftliche Studien aus NRW (1975 – 2014)

Neben wissenschaftlichen Studien wurde und wird auch eine Reihe von praktischen Projekten in NRW durchgeführt, die einen deutlichen Bezug zum Zusammenhang zwischen Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage aufweisen.

Ziel dieser Projekte war bzw. ist es, einerseits bestehenden Ungleichverteilungen konkret entgegenzuwirken und andererseits die Grundlagen und Strategien kommunaler Planung gezielter auf Umweltgerechtigkeitsaspekte ausrichten zu können. Eine Übersicht über entsprechende Projekte gibt Tabelle 2.

Wesentliche Akteure in diesen Projekten sind daher verschiedene Kommunen des Landes NRW, aber auch Nichtregierungsorganisationen. Letztere sind vor allem im Bereich Umweltpädagogik aktiv und fördern ressourcenorientiert den Zugang von Kindern aus sozial benachteiligten Familien zu Natur und Gartenarbeit, wie z. B. das Projekt Internationaler Mädchengarten aus Gelsenkirchen, das von dem Maria-Sibylla Merian e.V. in Verbindung mit der LAG Autonome Mädchenhäuser / feministische Mädchenarbeit NRW getragen wird oder das vom Kinderschutzbund Gütersloh durchgeführte faba-Gartenprojekt für Kinder von Eltern mit psychischen Erkrankun-

gen bzw. aus Familien mit Drogenproblemen. Aber auch an Schulen werden entsprechende Projekte initiiert, wie z. B. ein Schulwald-Projekt der Stadt Ennepetal zeigt.

Einige Kommunen haben neue Beteiligungskonzepte bei der Umgestaltung kommunaler Grünflächen erprobt. Die Implementierung solcher Konzepte zur Einbindung der ortsansässigen Bevölkerung in die Gestaltung, soll auch die spätere Annahme und Nutzung von wohnortnahe Grün steigern. In einigen Projekten ist dieses Ziel in besonderer Weise erreicht worden.

Weitere kommunale Projekte widmeten sich der Entwicklung von Indikatoren für die kommunale Planung und Berichterstattung. Diese Indikatoren umfassen sowohl die sozialräumliche Erfassung der Bevölkerung, als auch die darauf bezogene Darstellung von Umweltbelastungen. Gesundheitsindikatoren stehen aus methodischen und datenschutzrechtlichen Gründen nur in geringem Umfang zur Verfügung. In einzelnen Projekten wurden auch bereits neue Verfahren der Partizipation bei der Verkehrsentwicklungs- und bei der Lärmaktionsplanung erprobt und spezifische Gesundheitsförderungsmaßnahmen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen realisiert.

<p><b><u>Umweltpädagogik für sozial benachteiligte Gruppen:</u></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schulwald (Stadt Ennepetal 2000)</li> <li>• Internationaler Mädchengarten Gelsenkirchen (Maria-Sibylla Merian e. V. 2006)</li> <li>• faba-Gartenprojekt (Kinderschutzbund Gütersloh 2007)</li> </ul>	<p><b><u>Grünflächenentwicklung unter Einbindung der Bevölkerung:</u></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Grünflächenentwicklung Brünigheide (Stadt Münster 2007)</li> <li>• Gestaltung Landschaftspark Lippe (Hamm 2009)</li> <li>• Einrichtung eines Mehrgenerationenparks (Stadt Bottrop 2012)</li> <li>• Grünflächenentwicklung im Essener Norden (Stadt Essen 1978-2014)</li> </ul>
<p><b><u>Berichterstattung:</u></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sozialberichterstattung im Stadtgebiet Essen (Stadt Essen 1988-2007)</li> <li>• Studie: Soziale Einflüsse auf die Gesundheit von SchulanfängerInnen (Stadt Essen 2009)</li> <li>• Entwicklung von Indikatoren zur Umweltgerechtigkeit (Gelsenkirchen 2010)</li> </ul>	<p><b><u>Integration von Umweltgerechtigkeitsaspekten in die kommunale Planung:</u></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verkehrsentwicklungsplan Münster (Stadt Münster 2007)</li> <li>• partizipative Lärmaktionsplanung (Stadt Essen 2010)</li> <li>• Entwicklung von Ansätzen zur Gesundheitsförderung von Kindern mit Migrationshintergrund (Städte MH, BO, E, OB, Herten 2010)</li> </ul>

Tab. 2: Projekte aus NRW mit Bezug zu Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage

Im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten zum Masterplan Umwelt und Gesundheit NRW wurden ebenfalls zwei Projekte zum Thema Umweltgerechtigkeit durchgeführt:

Im Projekt „Erschließung der Potenziale ortsnahe Grün- und Spielflächen unter den Gesichtspunkten Umwelt, Gesundheit und soziale Lage“ wurde unter Beteiligung verschiedener Kommunen aus NRW (Bottrop, Mülheim, Münster, Aachen, Bielefeld, Bochum und Essen) die Berücksichtigung von Umweltgerechtigkeitsaspekten bei der Umgestaltung städtischer Grünflächen untersucht und Handlungsempfehlungen für die kommunale Praxis abgeleitet, die auch die Einbindung des Wohnumfeldes bei der Planung betreffen.

In einem weiteren Projekt wurde im Rahmen eines Planspiels die Möglichkeit der Einbindung von Umweltgerechtigkeitsaspekten in die Lärmaktionsplanung der Kommunen geprüft. Ziel des Projektes war es festzustellen, welche Daten und Informationen zum Thema Gesundheit und soziale Lage in den beteiligten Kommunen zur Verfügung stehen, inwieweit sich diese für die Einbeziehung in die Lärmaktionsplanung eignen und welcher Mehrwert aus der Berücksichtigung von Umweltgerechtigkeitsaspekten und der damit einhergehenden ressortübergreifenden Zusammenarbeit für die Lärmaktionsplanung resultiert.

Die Ergebnisse beider Projekte wurden in umfangreichen Abschlussberichten dokumentiert und veröffentlicht. Die Berichte geben zudem konkrete Handlungsempfehlungen für die kommunale Praxis und stehen auf den Webseiten des MKULNV zum Download zur Verfügung.

Bereits jetzt hat die kommunale Beteiligung an den Vorarbeiten zum Masterplan rege Debatten ausgelöst. Insgesamt zeigen sich die teilnehmenden NRW-Kommunen sehr interessiert an der Thematik und sind bestrebt, die Integration von Umweltgerechtigkeitsaspekten in die kommunale Planung voranzutreiben.

#### **II.4. Bundesweite Aktivitäten und Erfahrungen aus anderen Bundesländern**

Auch außerhalb von NRW wurden ab 2003 verstärkt Aktivitäten mit Bezug zu Umweltgerechtigkeitsaspekten durchgeführt, aus denen Anregungen für die Umsetzung des Themas im Rahmen des Masterplanes gezogen werden können. Eine besondere Rolle kommt hierbei v. a. den durch das Umweltbundesamt initiierten Studien zu Schadstoffexposition bzw. Lärm und sozialer Lage zu, aber auch dem Gesundheitssurvey des Robert Koch Institutes zur gesundheitlichen Ungleichheit bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland.

Bedeutsame Informationen zur Beteiligungsgerechtigkeit in Verfahren ergeben sich aus dem 2012 von der Deutschen Umwelthilfe e.V. durchgeführten Projekt „Umweltgerechtigkeit durch Partizipation auf Augenhöhe“.

Wesentliche Anstöße zur Umsetzung von Umweltgerechtigkeitsaspekten in der kommunalen Planung ergeben sich aus den beiden folgenden Projekten:

- Im Auftrag des Umweltbundesamtes und des Bundesumweltministeriums führte das Deutsche Institut für Urbanistik von 2012 bis 2014 das Forschungsvorhaben „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“ durch. Im Rahmen dieses Projektes wurden Grundlagen und Empfehlungen erarbeitet, um Umweltgerechtigkeit im kommunalen Handeln zu implementieren. Eine wesentliche Erkenntnis aus diesem Projekt ist, dass das Thema an bereits laufende Prozesse in der Kommunalverwaltung andockt werden müsse und ressortübergreifend zu bearbeiten sowie kommunalpolitisch zu verankern sei. Den Landesregierungen fällt die Förderung kommunaler Aktivitäten zu sowie die Unterstützung durch Arbeitshilfen, Kooperation und Austausch.
- Das Land Berlin hat in den vergangenen Jahren bereits eine umfassende Umweltgerechtigkeitskonzeption erarbeitet. Diese umfasst neben einem kleinräumigen Umweltgerechtigkeitsmonitoring auch die Planungsebene und die Umsetzungsebene für Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Minderung von Mehrfachbelastungen. Die ersten Monitoringergebnisse wurden im Herbst 2014 vorgelegt. Sie sollen dazu beitragen, integrierte Strategien und Konzepte v. a. an den Schnittstellen Gesundheit/Soziales, Städtebau/Stadtentwicklung und Umwelt ressortübergreifend auszurichten. Geplante Maßnahmen betreffen sowohl formelle als auch informelle Instrumente der Stadtentwicklung und der Umweltplanung, insbesondere im Hinblick auf die Bauleitplanung, die Bereiche Stadtentwicklung und Stadterneuerung, das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, die Weiterentwicklung der Umweltprüfungen, Vorgaben für Planungswettbewerbe, Berücksichtigung im Rahmen städtebaulicher Verträge und bei Aktionsprogrammen. Das Monitoring soll zukünftig verstetigt werden und auch bei der Umsetzung klimapolitischer Strategien und Maßnahmen eine wichtige Entscheidungsgrundlage bilden. Dies gilt auch im Hinblick auf die Entwicklung neuartiger Lösungen für intelligente und multifunktionale stadttechnische Infrastrukturen (Smart City) zur Verbesserung der Lebensqualität

in den Quartieren sowie bei der Etablierung neuer innovativer Beteiligungsformen.

## **II.5. Zukünftige Handlungsfelder im Rahmen des Masterplanes**

Maßnahmen zur Verringerung sozialer Ungleichheit bei Umweltrisiken und -ressourcen müssen vor allem auf der kommunalen sowie auf der gesellschaftlichen und politischen Ebene ansetzen und nicht auf der individuellen Ebene. Neben seiner Berücksichtigung in allen Bereichen des Masterplanes sollen sich daher konkrete ressortübergreifende Aktivitäten dieses Querschnittsthemas annehmen, um den Trend hin zur Ungleichheit in Bezug auf Umweltexpositionen durch Schaffung gesünderer Bedingungen für alle stoppen und umzukehren.

Die Schaffung einer gesundheitsförderlichen Umwelt und die Reduzierung schädlicher Gesundheitsfolgen ist nicht ausschließlich Aufgabe der Umweltbehörden oder des Gesundheitswesens, sondern setzt vielmehr zwingend eine gemeinsame Verpflichtung für alle Politikbereiche voraus. Im Rahmen des Masterplanes können bereits bestehende Strategien, Programme und Instrumente aus den Bereichen Public Health, räumliche Planung und Umweltschutz zur Verringerung sozialer Ungleichheiten und/oder zur Verminderung von Umweltbelastungen im Wohnumfeld und zur Erreichung von mehr Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit genutzt werden. Eine konkrete Schnittstelle zeigt sich hier beispielsweise zur Landesinitiative „NRW hält zusammen...für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung“ des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW (MAIS).

Maßnahmen zur Verbesserung von Umweltgerechtigkeit in NRW, die im Rahmen des Masterplanes durchgeführt werden sollen, umfassen die Handlungsfelder der Situationsanalyse in NRW in Form einer integrierten Berichtserstattung, der Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit bei Belastungen und Ressourcen, die Förderung von Partizipation in Planungsverfahren und die Erweiterung des wissenschaftlichen Kenntnisstandes.